

Ein Umzug ins Ungewisse

In Ludwigshafen wandeln sich in den kommenden Jahren die sogenannten Einweisungsgebiete der Stadt



Wollen in Mundenheim-West Alteingesessene und Neuzugezogene zusammenbringen (von links): Uwe Frey, Alexandra Beck und Stefan Gabriel vor dem Haus der Begegnung der Ökumenischen Fördergemeinschaft gegenüber den neuen Sozialwohnungen. Foto: pv

niewerks Zoar unterstützen Menschen, die es nicht aus eigener Kraft schaffen, in stabile Lebens- und Wohnverhältnisse zurückzufinden, beim Umzug in von der GAG bereitgestellte Wohnungen an einem anderen Ort. Zwölf Klienten werden laut Aussage von Zoar betreut, zwei konnten bereits umziehen. Jenseits dieses speziellen Modells mit der GAG werden seit Oktober vergangenen Jahres auch Gabriel und Frey von der Stadt Ludwigshafen angefragt, um Menschen auf diesem Weg zu unterstützen. Zwei Klienten bekamen so eine Wohnung, für einen dritten ist es geplant.

„Das mag wenig sein, ist aber im Endeffekt ein Riesenschritt“, sagt Gabriel. Schließlich sei jahrzehntlang in diesem Feld nichts getan worden. Gleichzeitig wurden die Wohnungen der Eingewiesenen, eigentlich ein Provisorium, nie saniert. Die beiden Wohnblöcke im Einweisungsgebiet an der Flurstraße haben keine Zentralheizung, die Menschen müssen sich selbst Öfen hineinstellen. In einem der Blöcke gibt es nur Gemeinschaftsduschen. Wochenends und abends, wenn der Hausmeister keinen Dienst hat, sind sie geschlossen.

So sehr die beiden Sozialarbeiter die Stadt Ludwigshafen verstehen in dem Bemühen, mit dem Dezentralisierungsmodell eine neue Gettoisierung in Mundenheim zu verhindern, so sehr könnte gerade der Umzug der Eingewiesenen innerhalb Mundenheims eine Chance sein, sagen sie. Denn viele wollten schließlich gar nicht weg aus dem Stadtteil, sagt Gabriel. Andere hätten es zwar geschafft, vermissten aber das Gemeinschaftsgefühl, das bei allen Schwierigkeiten dort herrsche. Und das Gefühl, dass es die Kinder sicher hätten – mit kurzen Wegen zu Kindertagesstätte und Jugendzentrum etwa. „Für die überübernächste Generation ist es besser, wenn sie dezentral aufwächst, aber die erste Generation fühlt sich noch unsicher, das ist ein längerer Weg“, sagt Gabriel.

In ein paar Jahren aber schon schafft die Stadt Ludwigshafen Fakten. 2029 will sie die Notunterkünfte an der Kropsburgstraße abreißen. Bis dahin sollen die Notunterkünfte in der Bayreuther Straße, wo rund 200 Menschen leben, in mehreren Abschnitten saniert, zum Teil abgerissen und neu gebaut

werden. Baubeginn soll 2023 sein. Für Walter Münzenberger, Geschäftsführer der Ökumenischen Fördergemeinschaft Ludwigshafen, ist das zwar an sich ein positives Signal. Allerdings vergeblich die Stadt die Chance einer nachhaltigen Quartiersentwicklung, löse den Brennpunkt nicht auf. Jetzt werde zwar renoviert. „Aber in 30, 40 Jahren sind wir wieder an dem gleichen Punkt.“

Wichtig sei, so Münzenberger, beim Thema bezahlbarer Wohnraum weiter für Öffentlichkeit zu sorgen. Seit rund vier Jahren tut dies etwa das Aktionsbündnis Wohnen in Ludwigshafen, in dem neben der ÖFG mit dem Caritas-Zentrum und der Evangelischen Kirche Ludwigshafen weitere kirchliche Akteure – neben etlichen anderen – vertreten sind. „Wir bräuchten eine Koordinierungsstelle Wohnungen“, sagt Münzenberger. „Manche wollen schließlich vermieten, aber nicht an jeden.“ Hier müsse vermittelt werden.

Kirchenwohnungen im Dekanat sind alle belegt

Die Kirche selbst habe nicht die große Masse an Immobilien, sagt Münzenberger. Auch wenn mit der Pesch-Siedlung gerade ein Wohnprojekt unweit des Einweisungsgebiets der Bayreuther Straße in katholischer Trägerschaft entsteht. Insgesamt, so Architekt Thomas Kuntz vom Dekanat Ludwigshafen, besitze der evangelische Kirchenbezirk fünf Häuser und 45 Wohnungen, die er vermiete. Dazu kommen in der Jona-Kirchengemeinde zwei Häuser und 54 Wohnungen. „All unsere Wohnungen sind belegt, sofern sie nicht gerade renoviert werden, die Nachfrage ist immer sehr hoch“, sagt Dekanin Barbara Kohlstruck. Vergeben würden sie bewusst an Menschen, „die auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt nur schwer eine Chance haben“.

Eben weil dies so ist, sieht Gabriel mit Blick auf Mundenheim die Stadt in der Pflicht, wenigstens für Transparenz zu sorgen. Sie sollte den Mut haben, den Menschen zu sagen, dass sie in die Bayreuther Siedlung umziehen müssen, wenn in Mundenheim der Abriss kommt, so der Sozialarbeiter. Immerhin habe die Stadt vor einigen Jahren eine Befragung durchgeführt zur Wohnsituation. „Die Bewohner fühlten sich ernst genommen, haben aber auch im Gespräch mit der Sozialdezernentin gemerkt, dass bei der Stadt auch nur mit Wasser gekocht wird.“ Ludwigshafen dürfe sich nicht wundern, dass die Bewohner keinen Applaus spenden, wenn es heißt, der Neubau der Einweisungsgebiete dauere bis 2029, sagt Gabriel. „Für die Stadt ist das ein Erfolg, für die Leute hier sind neun Jahre manchmal ein Todesurteil.“ Florian Riesterer

Die Menschen sind seit Jahren frustriert

Fakt ist aber: Viele Menschen in den Einweisungsgebieten sind seit Jahren frustriert über ihre Wohnsituation. Als 2016 in unmittelbarer Nachbarschaft neue Punkthäuser für Flüchtlinge gebaut wurden, spürte Sozialarbeiter Gabriel, Jahre schon Leiter des nahen Jugendzentrums der ÖFG, diesen Frust: „Wir hatten da Megastreit, mussten im Jugendzentrum Konflikte glätten.“

Das Thema Wohnen verfolgt Gabriel und Frey auf Schritt und Tritt. Sie leisten Hilfe bei Anträgen für Wohngeld oder der Wohnungssuche, haben sich über Jahre das Vertrauen der Menschen erarbeitet. Seit März dieses Jahres wollen sie zusammen mit Sozialpädagogin Alexandra Beck für mindestens drei Jahre die Quartiersentwicklung Mundenheim-West voranbringen – finanziert durch die Deutsche Fernsehlotterie. Was die neuen Sozialwohnungen betrifft, dämpfen sie aber die Erwartungen der Menschen aus dem Einweisungsgebiet. „Es wird sehr, sehr schwierig werden für sie, in der Flurstraße Wohnungen zu bekommen“, sagt Frey. Bei einer Bewerbung mache die GAG eine Anfrage beim bisherigen Vermieter, in diesem Fall die Wohnraumsicherung Ludwigshafen. Wer einmal Mietschulden gehabt habe, und sei es vor langer Zeit, habe es dann schwer, so der Sozialarbeiter.

Helfen soll das Dezentralisierungsmodell der Stadt Ludwigshafen als Teil des 2021 vorgestellten Sozialraumkonzepts für die Einweisungsgebiete in der Bayreuther und Mundenheimer Straße. Sozialarbeiter des Evangelischen Diako-